

Daten | Fakten | Argumente

THEMA DER WOCHE

Auslandsinvestitionen: Die deutsche Wirtschaft profitiert von Offenheit

Die Wirtschaft wächst derzeit in allen Weltregionen. Noch haben sich die protektionistischen Tendenzen weltweit nicht gravierend auf die Konjunktur ausgewirkt. Deshalb nimmt auch die globale Investitionstätigkeit deutscher Unternehmen weiter zu. Laut der DIHK-Umfrage [Auslandsinvestitionen 2018](#) planen 36 Prozent der international aktiven Industrieunternehmen eine Erhöhung ihrer Budgets für Auslandsinvestitionen. Das mit Abstand wichtigste Motiv ist nach wie vor der Aufbau von Vertriebsstrukturen in den Zielmärkten. Der DIHK rechnet damit, dass durch die Investitionen der deutschen Unternehmen in diesem Jahr weltweit 200.000 neue Jobs geschaffen werden.

Inland profitiert

■ Hierzulande werden im gleichen Zeitraum schätzungsweise 80.000 Stellen allein in der Industrie entstehen – auch, weil die Betriebe durch Auslandsinvestitionen ihre Position auf dem Weltmarkt stärken. Häufig gehen Investitionen am heimischen Standort und im Ausland Hand in Hand. Durch Produktions- oder Vertriebsstätten erschließen Unternehmen neue Märkte und nutzen die Vorteile internationaler Arbeitsteilung. Davon profitieren auch die Betriebsstätten im Inland: Unternehmen, die im Ausland investieren, wollen auch hierzulande häufiger Beschäftigung aufbauen und mehr investieren als solche ohne Auslandsinvestitionen.

EU weiter im Aufwind

■ Die Eurozone ist weiter Investitionsstandort Nummer eins für die deutschen Unternehmen ([siehe Grafik](#)). 63 Prozent der Industriebetriebe, die im Ausland investieren, planen hier Engagements (2017: 60 Prozent). Aber auch Asien – insbesondere China – ist wieder etwas im Aufwind (China: 39 nach 37 Prozent, Asien/Pazifik ohne China: 26 nach 25 Prozent). Hierzu dürften insbesondere die zwischenzeitliche Stabilisierung der chinesischen Finanzmärkte und das in ganz Asien dynamische Wachstum beitragen. In Nordamerika planen hingegen etwas weniger Unternehmen als 2017 ein Engagement (35 nach 37 Prozent). Der handelspolitische Kurs der US-Regierung birgt große Unsicherheiten für Investitionsvorhaben in Zeiten globaler Wertschöpfungsketten. Für eine Aufhellung bei den Investitionen dürfte hingegen die zum Jahreswechsel in Kraft getretene US-Steuerreform sorgen.

Zentrale Voraussetzung: offene Grenzen

■ Die deutsche und europäische Wirtschaft profitiert von offenen Grenzen. Die Nutzung internationaler Lieferketten und effektive Vertriebsstrukturen vor Ort sind zentrale Voraussetzungen für ihren weltweiten Erfolg. Auch wenn die Konjunktur bisher noch gut läuft: Handel und grenzüberschreitende Produktionsstrukturen werden durch die protektionistischen Tendenzen in vielen Weltregionen für die Zukunft infrage gestellt. Es ist wichtig, dass sich die Bundesregierung gemeinsam mit der Europäischen Union für eine Stärkung der WTO und damit für regelbasierten und offenen Warenverkehr einsetzt. Gerade in Zeiten handelspolitischer Spannungen sollten Gespräche über die Akzeptanz globaler Regeln intensiviert werden.

Direktinvestitionen sind keine Einbahnstraße

■ Mit Blick auf Direktinvestitionen im Ausland ist gegenseitige Offenheit wichtig. Die EU verfügt derzeit über eine der weltweit offensten Regelungen zu ausländischen Direktinvestitionen. Das könnte sich jedoch ändern: Auf EU-Ebene wird die Schaffung eines europaweiten Rahmens für die Prüfung ausländischer Direktinvestitionen diskutiert. Der DIHK hat hierzu eine [Stellungnahme](#) verfasst. Ein solcher Vorstoß wäre dann positiv, wenn er für EU-einheitliche, klarere und transparentere Regeln sorgte. Gleichzeitig muss jedoch eine möglichst große Offenheit erhalten bleiben. Ausländische Investoren beschäftigen allein hierzulande rund drei Millionen Mitarbeiter und tragen durch ihre Investitionen zum Wachstum in Deutschland bei. Es ist also ein Balanceakt gefragt. Denn eine zu starke Regulierung könnte auf Dauer zu einem Rückgang ausländischer Investitionen führen. Zudem bestünde die Gefahr, dass es zu Gegenmaßnahmen anderer Wirtschaftsräume kommen könnte und so das weitere Zusammenwachsen der globalen Wirtschaft behindert würde.